



## Personalrat

März 2014

### Es reicht!

Das wird sicher die Reaktion von so manchem von Ihnen gewesen sein, als Sie vor wenigen Tagen die Zeilen des Verwaltungsrundschreibens Nr. 8/2014 zu den „Maßnahmen zur Einhaltung des geplanten Personalbestands“ gelesen haben. Auch wir als Personalrat wurden davon überrascht.

Uns ist bekannt, dass der Klinikumsvorstand (KliVo), auf Grund der utopischen Forderung der Landesregierung, das Uniklinikum innerhalb von drei Jahren wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen, mit dem Rücken zur Wand steht. Der durch das Finanzministerium eingesetzte Sanierer - der frühere Berliner Finanzstaatssekretär, Herr Klaus Teichert - hat sich beispielsweise an der Charité dadurch ausgezeichnet, dass viele Bereiche, die nicht zum unmittelbaren Kerngeschäft gehören, ausgegliedert wurden. Noch verhindert unser Haustarifvertrag solche Szenarien. Doch der Beschäftigungs- und Ausgliederungsschutz des § 29 MTV-UK MD ist endlich. Er kann zum 31.12.2016 gekündigt werden und wirkt dann – allerdings nur bei Tarifgebundenheit, sprich Mitgliedschaft in ver.di - noch mindestens ein Jahr nach.

Unser Klinikumsvorstand hat aus verschiedenen Gründen kein Interesse an derartigen vergleichbaren Entwicklungen wie in Berlin. Das nehmen wir als Personalrat den KliVo-Mitgliedern auch ehrlich ab. Die aus Sicht des Klinikumsvorstands deshalb zwangsläufig unumgängliche weitere Einsparung von Personalstellen können wir als Personalrat jedoch nicht mehr akzeptieren. Mit einer solchen Entscheidung schaffen wir den Ausgangspunkt einer Spirale, die nur eine Richtung kennt: nach unten! Überlastungssituationen, Personalausfälle, Leistungseinschränkungen und folgende Defizite bedingen einander zwangsläufig.

Deshalb haben wir uns mit einem persönlichen Brief an jedes Mitglied des Aufsichtsrates gewandt und die derzeitige Situation schonungslos geschildert. Das systembedingt notwendige Streben nach Leistungserweiterungen wurde beinahe ausnahmslos durch Leistungsverdichtungen realisiert. Die Grenzen des für den Einzelnen Zumutbaren sind vielerorts längst überschritten – nicht nur in der Pflege.

Ein paar Zahlen, die betroffen machen:

Im Jahr **2013** leisteten allein die Beschäftigten des Pflege- und Funktionsdienstes mehr als **45.000 Über- bzw. Mehrarbeitsstunden**. Über **1.400 (!) Überlastungsanzeigen** erreichten im vergangenen Jahr den Klinikumsvorstand.

In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres setzte sich diese Entwicklung ebenso dramatisch fort. Bereits **210 Überlastungsanzeigen** liegen uns seit **Jahresbeginn** vor. Darin wurde **143** Mal die **Gefährdung von Patienten**, **181** Mal die **Gefährdung der Gesundheit der Mitarbeiter** und **82** Mal **Verstöße gegen die Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes** angezeigt. Aus vielen Gesprächen wissen wir, dass die tatsächliche Dramatik noch weit darüber hinausreicht.

Mehr als **600 Langzeiterkrankte i.S. des § 84 (4) SGB IX** (davon mehr als 450 in der A.ö.R.) sind ein anderes besorgniserregendes Zeichen. Eine weitere selektive Ausdünnung der Personalschlüssel ist nicht mehr zu verantworten. Soll darüber hinaus an den Personalkosten gespart werden, geht

dies nur im Rahmen massiver Leistungseinschränkungen – mittels Stations- und Bereichsschließungen mit paralleler Personalumverteilung.

Wir haben als Personalrat nicht die rechtlichen Mittel, den KliVo-Beschluss zu kippen, der dem Verwaltungs Rundschreiben 8/2014 zu Grunde liegt. Es ist eine betriebswirtschaftliche Entscheidung, die sich unserer Einflussnahme entzieht. Wir wollen an dieser Stelle auch keine Front gegen die Personen des Klinikums Vorstandes aufmachen. Sie fühlen sich zu diesen Maßnahmen angesichts des politischen Drucks gezwungen, empfinden diese als alternativlos und sehen sonst nur den eigenen Rücktritt als Ausweg.

Doch vor allem Letzteres bietet keine tatsächliche Alternative und wird vom Personalrat auch strikt abgelehnt. Im dichten Nebel nur einfach den Kapitän auszuwechseln, ist kein ernst zu nehmender Lösungsansatz. Die sodann über uns hereinbrechende Fremdbestimmung von außen oder Interimslösungen ohne ehrliche persönliche Verbundenheit mit dem Klinikum würde für uns alle die Notlage nur weiter verschärfen. Die Ursache der Katastrophe der Titanic war nicht allein eine Fehlentscheidung des Kapitäns – es war vor allem der unsinnige Befehl schneller als jemals zuvor zu sein. – Die Parallele zum Befehl, innerhalb von drei Jahren wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen ist so offenkundig ...

Das Uniklinikum in Frankfurt hat 2013 ein Jahresergebnis von Minus 20 Mio. Euro vorzuweisen, Hannover Minus 31 Mio. Euro und Schleswig-Holstein Minus 40 Mio. Euro. Das Defizit in Halle beläuft sich 2013 auf Minus 10,5 Mio. Euro, bei uns sind es Minus 5,5 Mio. Euro. Uns ist nicht bekannt, dass an Häusern außerhalb Sachsen-Anhalts derart krasse Sanierungsvorgaben gemacht werden, wie derzeit bei uns. Die Uniklinika in Halle und Magdeburg werden augenblicklich derart zur Selbstkasteiung gezwungen, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass ein Plan dahintersteckt – die freiwillige Kapitulation. So mogelt sich die Politik aus der Verantwortung zur Entscheidung.

Wir hoffen, dass unser Brief an die Aufsichtsratsmitglieder sowie dieses Flugblatt aufrütteln und letztlich Aufsichtsrat und Klinikums Vorstand ermutigen, einem weiteren Personalverschleiß und den damit einhergehenden Qualitätsverlusten in der Versorgung unserer Patienten einen Riegel vorzuschieben. Eine Sanierung des Wirtschaftsergebnisses der Universitätsmedizin Magdeburg, primär auf Kosten der Beschäftigten ist undankbar angesichts erbrachter Leistungen und persönlicher Verzichte in den vergangenen Jahren. Diese Beschäftigten tragen keine Verantwortung für das ungerechte Finanzierungssystem, das allseits völlig unbestritten die Ursache der Defizite auch an unserem Haus ist.

Wir alle haben dazu beigetragen, dass Rücklagen gebildet werden konnten, die das Universitätsklinikum derzeit zum Ausgleich seiner wirtschaftlichen Defizite verzehrt. Noch liegen wir nicht auf der Tasche des Landes und lassen uns durch Steuermittel aushalten.

Es ist unfair, angesichts dessen den Beschäftigten den Schwarzen Peter in die Hand zu spielen.



Markus Schulze  
Vorsitzender